



Protokoll

Öffentliche Sitzung mit anschließendem nichtöffentlichen Teil	
Lfd. Nr.:	JugendA/006/2017
Gremium:	Jugendausschuss
Sitzungsort:	Sitzungssaal des Rathauses in Apen
Datum:	08.05.2017
Sitzungsdauer:	18:00 Uhr bis 19:20 Uhr

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

AV Huber eröffnet die Sitzung um 18:00 Uhr.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

AV Huber stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung zu der Sitzung und die Anwesenheit der Ausschussmitglieder fest.



3 Verpflichtung und Pflichtenbelehrung nach § 43 NKomVG

Als Elternvertreterin der Kindertagesstätten während der neuen Ratsperiode wird Frau Tischler über die einzuhaltenden Pflichten von Bürgermeister Huber belehrt.

4 Einwohnerfragestunde

Jörn-Henning Jürgens regt an, die Ferienbetreuung in den Kindertagesstätten auszuweiten und übergibt ein entsprechendes Informationspapier (Anlage 1) an die Verwaltung. Die Verwaltung wird dies würdigen.

5 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form für festgestellt erklärt.

6 Genehmigung der Niederschrift der vorangegangenen Sitzung

Die Niederschrift über die Sitzung vom 21.02.2017 wird einstimmig genehmigt.

7 Bericht der Verwaltung über wichtige Angelegenheiten

Herr Jürgens berichtet zur Ferienbetreuung, die seitens der Jugendpflege angeboten wird. Der Bedarf ist so hoch, so dass mit dem vorhandenen Personal keine Deckung stattfinden kann. Um weitere Gruppen anbieten zu können, benötigt man qualifizierte Unterstützung neben den Jugendpflegern der Gemeinde Apen. Die Verwaltung hat am 30.05.2017 einen

konkreten Termin mit der BBS Rostrup. Dort wird im kommenden Schuljahr die „Fachschiule Sozialpädagogik“ angeboten, wo beiderseitig die Hoffnung besteht, dass im Rahmen der Ferienbetreuung den Schülerinnen und Schülern Praktika angeboten werden können, so dass sich das Angebot der freiwilligen Ferienbetreuung ausweiten kann.

Weiterhin berichtet Herr Jürgens über den anstehenden Termin mit Vertretern der Kirchenverwaltung, Kindertagesstätten, Politik und Verwaltung am 09.05.2017, wo es um die Installation einer zentralen Platzvergabe für die Kindertagesstätten gehen wird.

Rückblickend berichtet Herr Jürgens vom Treffen des „runden Tisches Familienzentrum“, welches am 16.03.2017 stattgefunden hat. Alle beteiligten Akteure haben sich neben der Notwendigkeit von Kindergarten und Krippe über mögliche weitere Optionen unterhalten, um einen Dorfmittelpunkt zu schaffen, sei es mit Beratungs- und/oder Versammlungsräumen für verschiedene Interessengruppen. Die Ergebnisse des runden Tisches fließen in eine planerische Betrachtung der Immobilie ein, die den Gremien vorgestellt werden wird.

8 pädagogisches Konzept der Krippe "Wichelhuus" **Vorlage: MV/060/2017**

Frau Frohne, Leiterin der Krippe Wichelhuus, stellt das pädagogische Konzept der Einrichtung vor und teilt anliegende Konzeption aus.

Im Anschluß ergeben sich verschiedene Nachfragen und Ergänzungen:

AM Mundt stellt die Frage, ob jedes der Kinder eine eigene Wickeltasche hat. Frau Frohne entgegnet, dass jedes Kind über ein eigenes Fach verfügt, das mit dessen Bild gekennzeichnet ist. Das Fach ist mit Windeln usw. von den Eltern zu befüllen. Für die Eltern liegt regelmäßig ein Hinweis im Fach mit den Utensilien, die zu Neige gehen, damit diese neue beschafft werden.

AM Scheiwe bewertet die ausgewogene angebotene Ernährung äußerst positiv. Er möchte wissen, ob es nach langen Regenfällen ein Problem sei, dass der Außenbereich abtrockne. Frau Frohne verneint dies.

AM Fittje erkundigt sich, ob es in der Einrichtung die Möglichkeit gibt, nachdem die FSJ'ler durch die Drittkraft ersetzt wurden, Praktika zu absolvieren. Frau Frohne teilt mit, dass regelmäßig entsprechende Praktika-Wünsche von Fachschülern realisiert werden.

AM Conring erkundigt sich nach der Handhabung bei einem Unfall bzw. Verletzung eines Kindes. Frau Frohne teilt mit, dass dies in dem sog. Pflasterbuch notiert wird, um im Bedarfsfall für Versicherungen o.ä. verschiedene Vorgänge rekonstruieren zu können.

Elternvertreterin Tischler lobt das dargestellte ausgewogene Frühstück und erkundigt sich nach den Kosten. Frau Frohne teilt mit, dass sich die Kosten auf 10€ pro Monat belaufen, man aber von Markant regelmäßig Spenden in Form von Obst und Gemüse erhalte.

AM Scheiwe erkundigt sich, ob diese Konzeption über die Homepage zugänglich ist, damit sich Eltern und damit auch Neubürger informieren können. Frau Frohne verweist diesbezüglich auf die Homepage der Kirche.

AV Huber erkundigt sich, ob der Alltag der Kinder dokumentiert wird (Portfolio). Frau Frohne bejaht dies, und stellt den Zeitaufwand dabei heraus, der sich aber lohnt.

**9 Änderung der Bezuschussung von Kindertagesstätten
Vorlage: VO/261/2017**

Herr Jürgens stellt anhand der anliegenden Präsentation die künftige Bezuschussung der Kindertagesstätten vor. Er stellt die Ist-Situation dar und stellt die finanziellen Unterschiede zur künftigen Bezuschussung heraus.

AM Scheiwe erkundigt sich nach der Situation in anderen Kommunen, wo die Kindergärten ebenfalls in kirchlicher Trägerschaft sind.

Herr Jürgens führt aus, dass alle Kommunen dieselbe vertragliche Änderung zu entscheiden haben, aber letztlich keine andere Wahl haben.

BM Huber ergänzt, dass es bis zur Ratssitzung noch einen Termin mit allen Ammerland-Bürgermeistern/in geben wird, wo dies Thema noch einmal zur Diskussion steht, man aber mit einem heutigen Beschluss dem Ergebnis der noch ausstehenden Diskussion nicht vorweggreifen werde.

AM Schmidt macht deutlich, dass er mit dem Träger und dem dargestellten Vorgehen nicht einverstanden ist, die Arbeit des Personals vor Ort davon aber losgelöst und somit positiv sieht.

Elternvertreterin Tischler erkundigt sich, ob das finanzielle Defizit eine Beitragserhöhung nach sich ziehe.

AV Huber merkt hierzu an, dass dies im kommenden Jahr, wie jedes Jahr, zu diskutieren sei.

AM Scheiwe erkundigt sich nach der Laufzeit der bestehenden Verträge mit der Kirchengemeinde.

Herr Jürgens führt aus, dass diese auf unbestimmte Zeit geschlossen sind.

BM Huber ergänzt, dass die Verträge sicherlich zu aktualisieren seien. Dazu solle man aber die Landtagswahlen abwarten, denn sofern der beitragsfreie Kindergartenbesuch realisiert würde, gilt es ohnehin das Vertragswerk generell zu aktualisieren.

Dem Änderungsvertrag mit der Ev.-luth. Kirchengemeinde Apen wird zugestimmt. Die Vertragsänderung soll zum spätesten möglichen Zeitpunkt (01.08.2018) wirksam werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	8
Nein:	0
Enthaltung:	0

**10 Antrag auf Ausweitung der Betreuungszeit
Vorlage: VO/259/2017**

Herr Jürgens stellt den Antrag auf Ausweitung der Betreuungszeit in der Krippe anhand der anliegenden Präsentation vor. Die Bedarfsabfrage hat ergeben, dass weniger als fünf Eltern eine Ausweitung der Betreuungszeit wünschten und somit dem Antrag nach den bestehenden Regelungen nicht stattgegeben werden konnte, dies aber jederzeit bei Vorliegen der notwendigen Bedarfe geschehen kann.

Elternvertreterin Tischler merkt an, dass die Abfrage lediglich in Augustfehn seitens der Kirche durchgeführt worden sei und sie gerne bei dem Wissen der Adressen der Eltern der Krippenkinder eigeninitiativ eine gemeindeweite Abfrage durchführen würde.

BM Huber merkt an, dass eine selbst organisierte Abfrage unter den Eltern schwierig sei, da es datenschutzrechtlich keine Notwendigkeit gebe, Adresdaten seitens Verwaltung oder Kirche weiterzugeben. Darüber hinaus sei es Aufgabe der Kirche bzw. Verwaltung dies zu erledigen.

Frau Tischler merkt an, dass mit dem gleichen Argument Pastor Kunst eine Datenweitergabe verwehrt habe.

Herr Jürgens ergänzt, dass eine zentrale Platzvergabe initiiert werde und eine solche Abfrage in diesem Rahmen möglich sei.

BM Huber ergänzt, dass es durchaus konkreter Bedarfe ermitteln müsse, um den Elternwünschen gerecht zu werden.

AM Scheiwe spricht sich für eine zentrale Platzvergabe aus, merkt aber an, dass man hierbei die Eltern einbeziehen müsse.

AM Mundt erkundigt sich nach dem bisherigen Verfahren zur Platzvergabe.

Herr Jürgens führt aus, dass es aktuell einen Stichtag gebe, den 31.01. eines Jahres, bis zu dem sich die Eltern in ihrer Wunscheinrichtung angemeldet haben. Im Nachgang besprechen alle Einrichtungsleiterinnen die Anmeldungen, streichen Doppelmeldungen und suchen bei Überhängen nach Lösungen. Dieses Verfahren sei aber wenig transparent und im Ablauf etwas langwierig.

Bei Vorliegen von fünf Bedarfen je Einrichtung nach einer Ausweitung der Betreuungszeiten in den Kindertagesstätten wird die politische Gemeinde in Zusammenarbeit mit der Kirche dieses umsetzen und die erforderlichen finanziellen Mittel einplanen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	8
Nein:	0
Enthaltung:	0

11 Personen im "Freiwilligen Sozialen Jahr" Vorlage: VO/260/2017

Herr Jürgens trägt den Beratungspunkt anhand der anliegenden Präsentation vor und macht deutlich, dass für den Wunsch nach FSJ'ern verwaltungsseitig keine Position bezogen wird.

AM Scheiwe merkt an, dass FSJ'ler doch im Krankheitsfall eine gute Vertretungssituation schaffen können, um den Betrieb in den Einrichtungen ohne großen administrativen Aufwand aufrecht zu erhalten.

Anmerkung der Verwaltung:

Die bestehende, als in der Praxis tauglich erwiesene Vertretungsregelung wurde angesprochen und ist als Anlage angefügt. Dieses Modell wurde 2016 seitens der Kirchenverwaltung in Zusammenarbeit mit den Einrichtungsleiterinnen erarbeitet und als gut bewertet.

Am Mundt stellt heraus, dass der Betrieb der Familiengruppe nun als Regelgruppe kein Sonderstatus sei, da die Gruppen damit mit allen anderen Regelgruppen vergleichbar seien. AM Scheiwe merkt an, dass man diese Gruppen bei Zustimmung in einen Sonderstatus erheben würde.

AV Huber bekräftigt AM Scheiwe mit der Frage, ob man diesen Sonderstatus haben wolle mit dem möglichen Ergebnis, dass andere Regelgruppen ebenfalls FSJ'ler beschäftigen möchten.

AM Conring macht die direkte Vergleichbarkeit mit dem Kindergarten Augustfehn II deutlich, wo dann auch ein FSJ'ler beschäftigt werden müsste.

EGR'in Schubert weist darauf hin, dass die vorausgegangenen Beratungspunkte einen finanziellen Mehraufwand im Ergebnis habe (20.000 € und 16.800 €). Vor diesem Hintergrund müsse man zu dem Schluss kommen, dass weitere 18.000 € für FSJ'ler nicht unerheblich seien und man sicherlich im kommenden Jahr über die Höhe der Elternbeiträge zu beraten habe.

Jugendvertreter Diers merkt an, dass man die Frage nach einem tatsächlichen zusätzlichen Betreuungsbedarf stellen müsse, den er nicht sieht.

AM Mundt greift die Anmerkungen von EGR'in Schubert auf und gibt zu bedenken, dass andere Regelgruppen im Rahmen der Gleichbehandlung denselben Wunsch nach FSJ'ler formulieren werden.

AM Scheiwe merkt an, dass Rat und Verwaltung in der Vergangenheit immer bemüht waren, den Elternbeitrag nicht zu erhöhen. Um dies auch künftig nicht zu müssen, rät er von einer Einstellung der FSJ'ler ab.

AV Huber fasst die Diskussion zusammen und lässt abstimmen.

Es wird nicht befürwortet, dass von der Kirche als Träger der Einrichtungen für das Kindergartenjahr 2017/2018 zwei FSJ'ler eingestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	8
Nein:	0
Enthaltung:	0

12 Einwohnerfragestunde

Frau zur Brügge ergänzt zur Diskussion der Vertretungskräfte, dass es in den großen Häusern Vertretungskräfte gebe.

13 Anfragen und Mitteilungen

Es ergeben sich keine Anfragen und Mitteilungen im öffentlichen Teil.

14 Schließen der öffentlichen Sitzung

AV Huber schließt die öffentliche Sitzung um 19:06h.

Beglaubigt:

Der Ausschussvorsitzende

Der Bürgermeister

Der Protokollführer

(Dr. Habben)

(Torsten Huber)

()